

Fürstentfeldbruck

Kein Geld vom Bund für Ausbau der S4

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz läuft 2019 aus. In der Folge müssen die Länder den Ausbau ihrer Infrastruktur selbst bezahlen. Pro Bahn sammelt Unterschriften für eine Nachfolgeregelung

Von Peter Bierl [ORTSMARKE]

Fürstentfeldbruck - Der Bund soll auch in Zukunft den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs unterstützen, fordert Pro Bahn. Der Fahrgastverband ruft zur Unterzeichnung einer Petition an den Bundestag auf, denn 2019 endet die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Betroffen wäre auch der geplante Ausbau der S4, den der Freistaat alleine bezahlen müsste. Politiker aus dem Landkreis unterstützen daher die Aktion von Pro Bahn.

Das Gesetz läuft aus und bisher gibt es keine Nachfolgeregelung, das bedeutet, dass die Länder den Ausbau ihrer Infrastruktur von 2019 an selber bezahlen müssten. 'Alle Projekte, die bis 2019 nicht abgewickelt sind, stehen auf der Kante', warnt Mirko Pötzsch (SPD), Verkehrsreferent des Brucker Stadtrats und Sprecher der Initiative 'S4-Ausbau jetzt'. Pötzsch und der Gröbenzeller Kreis- und Gemeinderat Martin Runge (Grüne) rufen deshalb dazu auf, die Petition zu unterstützen. 'Entweder muss das GVFG verlängert oder ein Ersatz geschaffen werden. Noch besser wäre, wenn das Programm noch besser ausgestattet würde', sagt Pötzsch.

Wichtig sei, dass es verbindliche Finanzmittel des Bundes zweckgebunden für den Ausbau des Schienenverkehrs gebe, sagte Runge der SZ. Er geht davon aus, dass dieser Aspekt im Kontext eines Fiskalvertrages zwischen Bund und Ländern geregelt wird. Ähnlich argumentiert Gerda Hasselfeldt, Bundestagsabgeordnete der CSU und Chefin der CSU-Landesgruppe. 'Im Moment laufen die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und über die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird sicher nicht isoliert entschieden werden', sagte sie der Süddeutschen Zeitung.

Fest steht für Hasselfeldt, dass für den Ausbau von Straßen und Schienen mehr Geld ausgegeben werden muss. Wie Pötzsch und Runge hält sie deshalb die Petition von Pro Bahn für 'äußerst wichtig'. Der scheidende bayerische Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) fordert, das GVFG-Programm fortzusetzen. 'Ein faktischer Investitionsstopp in große Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch dessen Auslaufen ist keinesfalls akzeptabel', sagte eine Sprecherin des Ministeriums der SZ. Auch der Minister begrüßt deshalb den Vorstoß von Pro Bahn.

Im April hatten die Bundesländer über den Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Fortsetzung des GVFG eingebracht, dessen Behandlung im Bundestag noch aussteht. Der Bahnexperte Ralf Wiedemann, der die Initiative 'S4-Ausbau jetzt' unterstützt, rügte, dass das Bundeskabinett diesen Gesetzentwurf im Juni abgelehnt habe. Besonders abstrus sei, dass die Länder künftig S-Bahn-Strecken allein finanzieren sollen, die neuen Schienen aber der DBNetz gehören würden, die wiederum von den Eisenbahnen Geld für die Nutzung der Infrastruktur verlange. Diese Beträge summierten sich in Bayern auf 60 Prozent der Mittel, die der Freistaat für den Nahverkehr ausbebe, sagt Wiedemann.

Das ist der Hintergrund der Petition des Fahrgastverbandes an den Bundestag. Hasselfeldt erklärte der SZ, dass die GVFG-Mittel eigentlich schon von diesem Jahr an hätten gekürzt werden sollen. Dieses habe man im Sommer gegen den Widerstand des Bundesfinanzministers verhindern können, was die CSU-Politikerin als 'wichtigen Erfolg' wertete.

Wie hoch die Summe wäre, die der Freistaat zusätzlich schultern müsste, wenn die S 4 von Pasing bis Eichenau ohne GVFG-Mittel viergleisig ausgebaut werden würde, konnte die Sprecherin des Ministeriums nicht sagen. 'Die Planungen über den Umfang eines Streckenausbaus auf der S 4 West sind noch nicht abgeschlossen. Daher sind Aussagen über Ausbaukosten derzeit nicht machbar.' Aktuell werden die Kosten optimiert, hieß es aus dem Ministerium. Zeil hatte im Dezember vorigen Jahres im Zusammenhang mit der Nutzen-Kosten-Untersuchung von rund 350 Millionen Euro gesprochen. Grundsätzlich übernimmt der Bund 60 Prozent der Kosten aus GVFG-Mitteln, das wären rund 200 Millionen Euro.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Dienstag, den 08. Oktober 2013, Seite 7